

Die Rolle Russlands im internationalen Energiemarkt

Von Alexander Rahr*

Zusammenfassung: Russland versucht seit Beginn des Jahres 2006 die Spielregeln auf dem internationalen Energiemarkt zu seinen Gunsten zu verändern und seine reichhaltigen Erdgas- und Erdölreserven für eine Rückkehr als Großmacht auf internationaler Ebene zu instrumentalisieren. Der Westen hat wenig Zeit, sich auf die neue Ära der Energieaußenpolitik einzustellen, denn seine Abhängigkeiten von Rohstoffimporten werden ansteigen. Russland glaubt, künftig zwischen den europäischen und asiatischen Märkten wählen und mit anderen Exportstaaten der Region ein Gas-Kartell aufzurichten zu können. Beobachter bezweifeln, ob Russland selbst über genügend Energiereserven verfügen würde, zwei Kontinente gleichzeitig mit Öl und Gas zu versorgen und die eigene wachsende Inlandsnachfrage zu befriedigen. Die EU muss einerseits die strategische Energiepartnerschaft mit Russland weiter verfolgen, andererseits die vorhandenen Importstrukturen zu diversifizieren versuchen.

Summary: Since early 2006, Russia has been attempting to change the rules on the international energy market to suit its own interests, with the ultimate goal of utilising its rich oil and gas reserves as an instrument to re-establish itself as a major player at the international level. The West has only little time to prepare for this new era of Russian foreign energy policy, as its dependence on imports of raw materials is increasing. Russia believes to be able to choose between serving the European and/or the Asian market, and aims at building up a gas cartel, together with other gas exporting countries in the region. However, there is some doubt among observers about the extent to which the reserves will suffice for serving two continents at the same time with oil and gas, given an increasing national demand to be met as well. The EU is asked to continue its strategic energy partnership with Russia, but also to diversify the existing import structures.

JEL Classification: F5, L95, Q34, D4

Keywords: Russia, gas market, international relations, energy foreign policy, energy geopolitics

1 Einleitung

Die Weltpolitik hat ein neues Zeitalter betreten, in dem Energieressourcen eine niemals zuvor gekannte strategische Bedeutung erlangen werden. Der heutige Bedarf an Öl ist der höchste seit 25 Jahren. Laut Referenzszenario des IEA World Energy Outlook 2006 wird der weltweite Primärenergieverbrauch zwischen heute und 2030 um knapp über die Hälfte steigen. Allein im Zeitraum bis 2015 wird der Verbrauch um über ein Viertel zunehmen. Über 70% des voraussichtlichen Verbrauchsanstiegs während des Projektionszeitraums werden auf Entwicklungsländer entfallen, davon allein 30% auf China (IEA 2006).

Wirkliche alternative Energiequellen, die fossile Energieträger in absehbarer Zeit substantiell ersetzen könnten, sind nicht in Sicht. Schlimmer noch: Angesichts des steigenden

* Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, E-Mail: rahr@dgap.org

globalen Energiebedarfs wird der Ölpreis in Zukunft wohl kaum auf das alte Niveau von unter 20 US-Dollar pro Barrel sinken.

Die Frage, woher die EU ihre Energieressourcen bezieht, wird sich in den nächsten Jahren immer dramatischer stellen. Die EU bedarf keiner tiefgründigen Analyse, um zu sehen, dass ihre Importabhängigkeit von Russland in den nächsten Jahren steigen wird. In Anbetracht der Tatsache, dass die EU in 15 bis 20 Jahren ihren Energieverbrauch schon zu über 80% durch Importe decken muss, kann die künftige Entwicklung in Russland sie nicht kalt lassen. Schon im nächsten Jahrzehnt wird die EU für ihr Industriewirtschaftswachstum die Erdölimporte um 40% und Erdgasimporte um 50% steigern müssen, weil die Erdgasfelder in der Nordsee ausgeschöpft sein werden. Erdöl werden die EU-Staaten relativ einfach auf dem Weltmarkt erstehen können. Das ökologisch sauberere Erdgas jedoch wird in den nächsten Jahrzehnten für die Weltwirtschaft dagegen immer wichtiger. Rund 22% des weltweit geförderten Erdgases stammt gegenwärtig aus Russland.

Im Westen werden dennoch immer wieder politische Argumente gegen eine zu enge Energieallianz mit Russland angeführt. Erstens würde Russland in einer neoimperialistischen Art und Weise seine Energieressourcen als politisches Druckmittel gegen seine direkten Nachbarn sowie den Westen einsetzen. Zweitens hätte Russland seine Energiewirtschaft wieder verstaatlicht und monopolisiert, was Investitionen aus dem Westen beinträchtigen würde.¹ Russland spielt nach anderen Regeln als der marktwirtschaftlich orientierte Westen, deshalb solle die EU Abstand von einer zu engen strategischen Energiepartnerschaft mit Moskau nehmen. Ein drittes, wirtschaftliches Argument besagt, dass der russische Petro-Staat von der „holländischen Krankheit“ bedroht sei und das auf hohen Energieweltpreisen basierende russische Wirtschaftswachstum sich als wenig nachhaltig herausstellen könnte. Ohne grundlegende Modernisierung seines Energiekomplexes könne Russland sein Öl und Gas bald nur noch in geringeren Mengen ins Ausland verkaufen, weil die Energieträger für die Entwicklung der eigenen Binnenwirtschaft benötigt würden (Dempsey 2006). Mit anderen Worten: Warum auf Russland setzen, wenn Russland selbst das Gas ausgeht?

Befürworter einer strategischen Energieallianz mit Russland führen wirtschaftspragmatische und sicherheitspolitische Argumente an. Russland liege den europäischen Märkten am nächsten. Seit fast 40 Jahren hätte der Westen von verlässlichen Energielieferungen aus Russland profitiert. Es bestünde kein Anlass zur Sorge, dass sich Russland zu einem unsicheren Exporteur entwickeln könne. Russland lasse sich an Europa wirtschaftspolitisch effektiver anbinden als die Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens. Außerdem wären die Abhängigkeiten des Westens durch drei gefährliche Konflikte im Nahen und Mittleren Osten – Bürgerkrieg im Irak, Atomstreit im Iran, Israels Krieg gegen die Hisbollah – bedroht. Sollte es zu massiven Engpässen bei der westlichen Energieversorgung aus dem Persischen Golf kommen, würden die russischen und zentralasiatischen Öl- und Gasreserven die einzige Versorgungsalternative für Europa bilden.

1998 besaß Russland nur etwa 8 Mrd. US-Dollar an internationalen Reserven, heute verfügt es über rund 187 Mrd. US-Dollar (IWF 2006, Ministero 2006). Alle Auslandsschulden konnten vorzeitig getilgt werden. Natürlich spielte das Öl und Gas beim Wiederauf-

¹ Vgl. bspw. Ein Eingriff in die Investitionssicherheit in Russland. *Handelsblatt* vom 20. September 2006.

stieg Russlands die Schlüsselrolle: Der Energiesektor erwirtschaftet heute 25% des russischen BIP (Weltbank 2004). Zwei Drittel aller Exporte sind Öl und Gas. Der unmittelbare Nachbar der EU besitzt die größten Gas-, die zweitgrößten Kohle- sowie die achtgrößten Ölvorkommen der Welt.² Russland ist der größte Gas- und scheint seit Kurzem auch der größte Ölexporteur der Welt zu sein.

Seit 2000 bildete der russische Staat rund 77 Mrd. US-Dollar an Rücklagen in einem Stabilitätsfonds, aus dem Projekte von „national strategischem Interesse“ bezahlt werden. Die russischen Ölkonzerne verbuchten im letzten Jahr eine siebenfache Ertragssteigerung. Statt 4 Mrd. US-Dollar Umsatz 2004 erwirtschafteten sie 2005 bereits 27 Mrd. US-Dollar. Russische Geologen vermuten weitere riesige Energievorkommen in weiten Teilen Sibiriens; dieser Teil Russlands ist bislang nur zu einem Zehntel geologisch erforscht worden. Im russischen Teil des Kaspischen Meeres hat die Ölförderung noch gar nicht begonnen. Moskau sieht sich im Besitz riesiger strategischer Öl- und Gasreserven, die es dann dem Weltmarkt zuführen möchte, wenn anderswo auf der Erde die Energiequellen nicht mehr sprudeln und die Weltmarktpreise so hoch werden, dass sich das technisch aufwendige Fördern in klimatisch schwer zugänglichen Regionen und Permafrostböden, wie beispielsweise in der Arktis, wirtschaftlich lohnen sollte. Insgesamt wird der russische Reichtum an Bodenschätzen heute auf etwa 40 Trillionen US-Dollar geschätzt, sechsmal größer als derjenige des übrigen Europa.

2 Energieallianz mit Russland alternativlos

Für Politiker wie Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder liegt die Bedeutung einer engen strategischen Energieallianz zwischen der EU und Russland auf der Hand. Die Energieallianz mit Russland könnte für die EU sogar die historische Bedeutung der einstigen Montanunion erreichen, aus der sich später die EWG und letztlich die EU entwickelt haben. Russland wäre über die Energieschiene an die EU gebunden, das Projekt eines „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ könnte aufrechterhalten werden. Präsident Wladimir Putin hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im September 2001 den Europäern eine Verkopplung ihres technologisch fortschrittlicheren Raumes mit dem sibirischen Rohstoffraum angeboten (Putin 2001). Bisher haben ausschließlich deutsche und italienische Konzerne auf Putins Vorschlag positiv reagiert. BASF/Wintershall und E.on haben Aktienanteile an russischen Konzernen und Konsortien erworben sowie Rechte an der direkten Gasförderung in Sibirien erhalten.

Doch gerade Deutschland steht bei den anderen Europäern in Verruf, mit seiner „Real-, Ost- und Gaspolitik“ zu vorkommend gegenüber Russland zu handeln und Menschenrechte für Gas einzutauschen. Moskaus Unterbrechung des Gasexports in die Ukraine im kalten Januar 2006 hat die Europäer aufschrecken lassen. Manche Politiker, vor allem die mittelosteuropäischen, wollen die gesamte Energiepartnerschaft mit Russland einer Zäsur unterziehen.³

2 Vgl. Worldwide Look at Reserves and Production. *Oil & Gas Journal*, 19. Dezember 2005, 24–25.

3 Polen ließ die Verhandlungen über eine Verlängerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auch über die Kritik am anhaltenden Ausbleiben einer russischen Ratifikation des Energiechartavertrages scheitern (vgl. Proissl 2006).

In den 90er Jahren hatte es lange Zeit so ausgesehen, als ob Russland ein westlich-liberales politisches und wirtschaftliches System annehmen könnte. Dann hätten die USA und die EU mit Russland eine offene Energiepartnerschaft besiegt: Wäre es so gekommen, hätten sich westliche Energiekonzerne im privatisierten Öl- und Gasmarkt eingekauft, Russland sich auf Jahrzehnte hinaus als verlässlicher Rohstofflieferant etabliert und westlichem Technologietransfer die Türen geöffnet. Seit Putins Machtaufstieg sieht der Westen die demokratischen Errungenschaften gefährdet. Die Festigung der Staatsmacht und die Wiedererlangung des Großmachtstatus sind für die gegenwärtige Kremlführung nach den politischen und sozialen Turbulenzen der 90er Jahre wichtiger geworden als Demokratie und Marktwirtschaft. Aus dem schwachen, von westlichen Finanzorganisationen abhängigen Russland wurde über Nacht ein starker, unbequemer und global beachteter Akteur.

3 Diversifizierungsversuche

Welche Strategien sollte der Westen gegenüber Russland wählen? In einigen Regierungen der mittelosteuropäischen Staaten, wo die Furcht vor einem imperialen Russland weitaus ausgeprägter ist als im „alten“ Westen, liebäugelt man mit der Idee einer „Energie-NATO“.⁴ Das Ziel dieser Politik wäre, Russland einzudämmen. Deutschland und andere westeuropäische Staaten sprechen dagegen von der Notwendigkeit einer Diversifizierung von Energieimporten. Parallel zur Beibehaltung russischer Gaslieferungen will die EU verstärkt andere Großexporteure über den Ausbau des paneuropäischen Pipelinennetzes in eine breite Energieallianz einbinden. Im Kaukasus hat die im Mai 2005 in Betrieb genommene Erdölpipeline von Baku ins türkische Çeyhan das russische Pipelinemonopol zum ersten Mal ausgehebelt. Westliche Konzerne planen langfristig auch Zentralasien aus dem russischen Pipelinemonopol herauszubrechen, indem sie Erdgaspipelines auf dem Grund des Kaspischen Meeres und über Afghanistan an den Persischen Golf bauen wollen. Kasachstan hat sich zuletzt bereit erklärt, sich an der transkaspischen Ölpipeline zu beteiligen (Champion 2006). Vollends zerstört wäre das russische Pipelinemonopol im Süden der GUS, wenn der Westen eine Energiekooperation mit dem strategisch am günstigsten gelegenen Transitland Iran eingehen würde, was in absehbarer Zeit jedoch von den USA verhindert werden wird.

Die EU will außerdem Gasimporte vermehrt auf Flüssiggas (LNG) umstellen, was den Transport dieses Energieträgers aus entfernten Ländern Lateinamerikas und des Mittleren Ostens ermöglichen würde (Europäische Kommission 2006: 17). Und die führenden Industrieländer wollen, wie der G8-Gipfel in Sankt Petersburg angedeutet hat, verstärkt zur Atomenergie zurückkehren.

Abgesehen von den außenpolitischen Machtprojektionen macht sich die EU vor allem Sorgen über eine Renationalisierung des russischen Energiekomplexes. In den 90er Jahren hatte die erste Reformregierung Russlands den Ölsektor praktisch in private Hände abgegeben – an die neuen Unternehmer (Oligarchen), die durch die Exportgewinne schnell zu Milliardären wurden und gegen Ende der Jelzin-Ära dem Staat ihre Bedingungen diktieren. Unter Putin kehrte der Staat in den Mittelpunkt von Entscheidungen im Energiesektor

⁴ Vgl. zum Vorschlag des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski: Energie-Nato. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 22, 26. Januar 2006, 12.

zurück. Die Zukunftspläne der Kremlführung gehen in die Richtung der Schaffung eines riesigen nationalen Konzerns auf der Grundlage des Gasmonopolisten Gasprom, dem sich andere, bisher in privater Hand befindliche Ölfirmen anschließen sollen. Durch eine Verschmelzung der staatlichen Öl- und Gaskonzerne Rosneft und Gasprom soll das Fundament für einen Superenergiiekonzern – dem neuen Aushängeschild der Energiesupermacht Russland – gelegt werden. Die Erdgas- und Erdölkomplexe bildeten danach wieder eine Einheit.

4 **Gas-OPEC**

Gasprom allein verfügt heute über 29 Billionen m³ oder 17% der weltweit gewinnbaren Gasreserven (Gazprom 2006) und verfügt über das ausschließliche Recht für den russischen Gasexport. Der Trend zur staatlichen Kontrolle im Energiegeschäft zeigt sich aber nicht nur in Russland. Denn inzwischen schwindet weltweit die Macht der privaten Konzerne. Wie die *Financial Times Deutschland* kürzlich schrieb,

„gewinnen die staatlichen Ölgesellschaften der großen Förderländer die Oberhand. [...] Nur noch sechs Prozent der bekannten Vorkommen des ‚schwarzen Goldes‘ ist im Besitz großer westlicher Unternehmen“ (Hecking und Preuss 2006).

Staatsgesellschaften haben mittlerweile einen Marktanteil von mehr als 50% an der weltweiten Förderung.

Auf mehr als 90% der Reserven sitzen Staatsbetriebe wie Saudi Aramco, die venezolanische PDVSA oder die russische Gasprom.⁵ Riad, Caracas und Moskau entscheiden über die Lizenzvergabe, sie diktieren den Privaten in Houston, London und Paris die Konditionen – sofern sie die Konzerne überhaupt noch an ihre Vorkommen lassen. Unter den zehn weltgrößten Produzenten sind sieben Staatsbetriebe. Nationale Regierungen intervenieren zunehmend auf dem Markt, der Zugang für private Unternehmen wird schwieriger. Enteignungen, Verstaatlichungen, Steuerschrauben, einseitige Vertragskündigungen und Erklärung von Öl- und Gasfeldern zu strategischen Reserven, an denen Ausländer nicht beteiligt werden, sind heute in Lateinamerika, Eurasien und im Mittleren Osten gang und gebe. Die Staaten haben aufgrund der steigenden Ölpreise genügend eigenes Kapital, um zu fördern und sind nicht mehr wie früher auf die teure Technologie der Multis angewiesen. Bei einer genaueren Betrachtung der Dinge verläuft die Entwicklung im russischen Energiekomplex demnach ganz im Strudel der globalen Veränderungen auf dem Energiemarkt.

In Russland – wo die Schaltthebel für die Energiepolitik wie in der früheren Sowjetunion – nunmehr wieder im Kreml zu finden sind, werden Pläne für weitere Machtpositionen geschmiedet (Rahr 2006a). In Russland lagern knapp 27% aller bekannten Gasreserven der Welt; Turkmenistan und Usbekistan besitzen je 10% und der südliche Nachbarstaat Iran 15% (BP 2006: 22). Nicht umsonst versucht Russland, eine strategische Partnerschaft mit Iran zu begründen. Russland, Zentralasien und Iran hätten über die Hälfte aller Weltgasreserven unter ihrer Kontrolle und könnten in Zukunft ein mächtiges Gaskartell bilden,

⁵ Vgl. u.a. Oil's dark secret. *The Economist*, 10. August 2006. Download unter: www.economist.com/opinion/displaystory.cfm?story_id=7270301

das seiner Bedeutung nach der herkömmlichen OPEC, dessen Mitgliedstaaten 75% der Weltölfreserven kontrollieren (BP 2006: 6), durchaus gleichwertig wäre.⁶

In der zweiten Jahreshälfte 2006 trafen sich die Präsidenten von acht ehemaligen Sowjetrepubliken in Sotschi, um aus der bisher vergleichsweise unbedeutenden Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft eine richtige Zollunion zu formen.⁷ Experten deuteten das Treffen als weiteren Versuch Moskaus, die Länder Zentralasiens zum Aufbau eines Gaskartells zu gewinnen. Russland könnte seine Ambitionen, Energiesupermacht zu werden, nur im engen strategischen Bündnis mit den anderen beiden rohstoffreichen Nachfolgestaaten der Sowjetunion – Kasachstan und Turkmenistan – realisieren. Die zentralasiatischen Staaten wollen jedoch keine Abstriche an ihrer Souveränität akzeptieren. Sie sind, anders als Belarus und die Ukraine, nicht von russischen Energielieferungen abhängig. Moskau besitzt kaum Druckmittel, um die zentralasiatischen Staaten zu „disziplinieren“ oder an sich zu binden. Deshalb konzentriert sich die Kremlpolitik in der Region hauptsächlich darauf, Pipelineprojekte, die das russische Territorium umgehen könnten, zu blockieren und ihren Bau zu verhindern. In der Tat transportieren Kasachstan und Turkmenistan ihre Energieträger auch 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion mangels Alternativen fast ausschließlich über russische Pipelinennetze.

Die seit gut einem Jahrzehnt funktionierende Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SchOZ) könnte ein wichtiges Vehikel für die Entstehung dieser neuen „Gas-OPEC“ werden. Innerhalb dieser Institution treffen sich die Interessen der Großmächte Russland, China und Indien mit denen anderer Regionalmächte wie Kasachstan, Pakistan oder Iran. Was alle diese Länder vereint, ist der Faktor Energie. Russland und Kasachstan bieten China, Indien, Pakistan und anderen potentiellen Beitrittsländern eine sichere und weitreichende Versorgung mit den notwendigen Rohstoffen an.

5 Konkurrierende Energiemarkte

In Europa und Asien gibt es erheblichen Streit um die Verlegung von Pipelines aus Russland. In Mittelosteuropa ist die Idee der russisch-deutschen Ostseepipeline vor allem von den traditionellen Transitländern des russischen Gases nach Westen heftig attackiert worden. Diese befürchten für sich nun wirtschaftliche Verluste und politische Nachteile.

In Asien brach ein ähnlich motivierter Konflikt zwischen China und Japan um den Bau der russischen Hauptgaspipeline aus Sibirien aus. Japan wollte nicht, dass China – wie Deutschland in Europa – die Rolle der Hauptdrehscheibe des russischen Erdgases für Asien erlangen würde. Dass schon in einem Jahrzehnt Asien Europa als Hauptabnehmer für russische Energieträger überholen könnte, zeigt sich daran, wie China und andere asiatische Länder eine neue gewaltige Transportinfrastruktur buchstäblich aus dem eurasischen Boden stampfen.

⁶ Vgl. Nato-Berater warnen vor russischen Plänen für „Gas-Opec“. Agenturmeldung, Reuters, 14. November 2006.

⁷ Vgl. EAWG-Regierungschefs wollen Rechtsgrundlage für Zollunion schaffen. *RIA Novosti*, 27. Oktober 2006. Download unter: <http://de.rian.ru/business/20061027/55173685.html>

Experten, die in diesen geopolitischen Zusammenhängen denken, warnen vor einer Herausdrängung Russlands aus Europa nach Asien (vgl. Erdmann 2006, Rahr 2006b). Das Argument, Russland hätte keine Transportinfrastruktur Richtung Asien, weil es sein Energiegeschäft ausschließlich auf Europa konzentriert habe, ist irreführend, denn China hat seit einigen Jahren die Ressourcen Sibiriens für seine wirtschaftliche Zukunft entdeckt und will Russland in eine eigene, innerasiatische Energieallianz einbinden.

Die eigentlichen großen russischen Erdgasfelder liegen nicht in West-, sondern in Ostsibirien – näher vor der asiatischen als vor der europäischen Haustür. Während heute Russland 88% der gesamten Erdgasausfuhren und 58% der gesamten Erdölausfuhren nach Europa exportiert, wird es in fünfzehn Jahren zwei Drittel seiner Erdgasexporte und 75% seiner Erdölexporten nicht in die EU, sondern nach Asien und – falls das Shtokman-Gasfeld für amerikanische Investoren wieder interessant wird – in die USA ausführen. Angesichts dieser Entwicklung stellen Experten die Frage, ob Russland in einigen Jahren noch das Potential besitzen wird, die EU, China und die Vereinigten Staaten gleichermaßen mit sibirischen Energierohstoffen zu versorgen. Es wird deshalb von strategischer Bedeutung sein, wer zuerst den erforderlichen Technologie- und Kapitaltransfer nach Russland leistet, um den russischen Energiesektor zu modernisieren. Die benötigte Investitionssumme für die nächsten zehn Jahre beläuft sich auf etwa 85 Mrd. Euro. Es muss Transportkapazität für die angestrebte Verdopplung von Energieexporten nach Europa, Asien und in die USA geschaffen werden.

Russland selbst ist seit 2000 dabei, seine Terminals an der Ostsee, Barentssee, am Schwarzen Meer, Kaspischen Meer und Pazifik zu modernisieren und für künftige Flüssiggas-transporte (LNG) umzurüsten. Unter großem Aufwand betreibt Moskau den Bau neuer Pipelines. Um Öltransporte durch den Nordkaukasus sicherer zu machen, wurde noch Ende der 90er Jahre um Tschetschenien eine Ölpipeline verlegt. Eine Gaspipeline wurde 2003 auf dem Grund des Schwarzen Meeres in die Türkei gebaut. Mit amerikanischen Konzernen wie Chevron wurde noch Mitte der 90er Jahre ein Konsortium für den Bau einer Ölpipeline aus Kasachstan zum Schwarzen Meer errichtet, mit den deutschen Energiekonzernen E.on und Wintershall 2005 der Bau einer Ostseepipeline besiegelt. Parallel zum Pipelineausbau im Westen forciert Russland seit 2004 die Konstruktion weiterer Mammutpipelines in Richtung China und Asien, wo die eigentlichen Zukunftsmärkte für Russlands Exportwirtschaft liegen könnten. Der Kampf um die Türkei als strategisches Transitland für russisches oder kaspisches Gas ist noch nicht zu Ende. Um Ankara noch fester an sich zu binden, entwickelt Gasprom neue Pläne, russisches Gas über die Türkei nach Syrien und Israel zu transportieren.

6 Europäisch-russische Asymmetrien

Gleichzeitig verfolgt Putin weiterhin das strategische Ziel der vertieften Integration Russlands in die Weltwirtschaft. Der zum ersten Mal unter russischer Präsidentschaft abgehaltene G8-Gipfel in Sankt Petersburg im Juli 2006 mit dem Schwerpunkt Energiesicherheit hat Russland auf diesem Weg ein großes Stück weiter gebracht. Viele Irritationen der vergangenen Monate bezüglich der russischen Energieversorgung Europas konnten vorerst ausgeräumt werden. Letztendlich verstanden es sogar die Moskau-kritischsten Amerikaner, dass angesichts der schwierigen aktuellen Weltlage eine strategische Partnerschaft mit

Russland auf dem Gebiet der globalen Energieversorgung und -sicherheit, auch in Fragen der Atomenergie, unumgänglich ist.

Mit der neuen, stärker an Russland orientierten ukrainischen Regierung konnte ein neuerlich drohender Gaskonflikt beigelegt werden. Russland hob zunächst die Gaspreise für das Nachbarland nicht weiter an und gestattet es, dass die Ukraine seine Speicher für die Wintermanate noch mit verbilligtem russischem Gas auffüllt.

In den 90er Jahren, als der Ost-West-Konflikt mit einer Niederlage des kommunistischen Sowjetimperiums endete, der Westen politisch und wirtschaftlich so stark war wie nie zuvor und liberale Regeln für die Globalisierung der Weltwirtschaft von niemandem in Frage gestellt wurden, schuf die junge EU ein Regelwerk für ihre künftigen Beziehungen zu Russland. Unter den heute veränderten globalpolitischen Umständen kann dieses nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Im selben Jahrzehnt blieb dem vom Wirtschaftszerfall bedrohten Russland, dessen Eliten sich nach Westen orientierten, eigentlich kaum anderes übrig, als im Fahrwasser der EU zu schwimmen. Im Energiedialog Russlands mit dem Westen wurden Regeln aufgestellt, die den Konsumentenstaaten im Wettbewerb mit Exportstaaten Vorteile bringen sollten. Ein gutes Beispiel dafür ist die heute ineffektive Energiecharta. Der Westen verlangte von Russland die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit, die Öffnung des russischen Energiemarktes für Investitionen und darüber hinaus Mitkontrolle über die Energie-transportinfrastruktur.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts änderte das wiedererstakte Russland seine Strategie gegenüber dem Westen. Russland verlangte nun seinerseits eine westliche Markttöffnung für Investitionen russischer Energiekonzerne und einen direkten Zugang für Gazprom zum europäischen Endverbraucher. In den nächsten Jahren werden russische Konzerne wie Gazprom, Rosneft, Lukoil, Rusal, Sistema oder Severostal mit ihrem angesammelten Kapital in die westlichen Märkte expandieren. Während sich die Konsumenten im Westen Sorgen um sichere Energielieferungen machen, sieht Russland für sich die Frage des sicheren Verdienstes am Energieexport als wesentlich an. Gazprom ist aufgrund seiner staatsnahen Struktur heute ein Garant dafür, dass der russische Staat, anders als in den 90er Jahren, der Hauptverdiener am russischen Energieexportgeschäft ist.

Für die EU wird der staatliche Dirigismus in Russland, der in jeder russischen Konzernstrategie unverkennbar zutage tritt, ein echtes Problem werden. Die Energiesicherheit Europas kann nicht vom jeweiligen Kremlchef abhängen. Andererseits muss sich die EU auch den Vorwurf eines besonderen Protektionismus für eigene nationale Energiekonzerne gefallen lassen. Das Grünbuch der EU-Kommission, das weitere Garantien von den Exportstaaten im Zuge einer Liberalisierung des EU-Energiemarktes verlangt, aber einem Exporteur wie Russland keine Garantien in Bezug auf seinen Absatz in der EU vermittelt (Europäische Kommission 2006: 18), scheint daher wenig hilfreich, Differenzen zu beseitigen.

Solange die Beziehungen zwischen Russland und der EU im Energiektor so asymmetrisch bleiben, kann eine funktionierende Energieallianz nicht zustande kommen.

Literaturverzeichnis

- BP (2006): BP Statistical Review of World Energy, Juni 2006. Download unter: www.bp.com/liveassets/bp_intenet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2006/STAING/local_assets/downloads/pdf/de_statistical_review_of_world_energy_full_report_2006.pdf
- Champion, Mark (2006): Kazakhs hold energy key. EU lays groundwork for direct gas pipeline that bypasses Russia. *The Wall Street Journal Europe*, Nr. 216, 4. Dezember 2006, 1.
- Dempsey, Judy (2006): Problem for Europe: Russia needs gas, too. *International Herald Tribune*, 21. November 2006. Download unter: www.iht.com/articles/2006/11/21/news/energy.php
- Erdmann, Heinz (2006): Wladimir Putin: Energiepolitik als Hegemonialstreben? *europolitan.de*, 2. Mai 2006. Download unter: www.europolitan.de/cms/?aid=1835&
- Europäische Kommission (2006): Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“. Brüssel, 8. März 2006, KOM(2006)105 endg. Download unter: http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf
- Gazprom (2006): Gas Resources. Download unter: <http://eng.gazpromquestions.ru/page6.shtml>
- Hecking, Klaus; Preuss, Olaf (2006): Ölwechsel. *FTD*, 17. August 2006. Download unter: www.ftd.de/unterneh-men/industrie/105684.html
- IEA (2006): *World Energy Outlook 2006*. Internationale Energieagentur Executive Summary, 1f. Download unter: www.worldenergyoutlook.org/summaries2006/German.pdf
- IWF (2006): *Russia. International Reserves and Foreign Currency Liquidity*. Internationaler Währungsfonds. Update vom 24. Oktober 2006. Download unter: www.imf.org/external/np/sta/ir/rus/eng/currus.htm
- Ministervo (2006): Russia. Economic and Financial Data. Ministerstvo Finanszii Rossiskoj Federazii. Update vom 5. Dezember 2006. Download unter: www1.minfin.ru/sdds/nsdp.htm
- Proissl, Wolfgang (2006): Polen blockiert EU-Russland-Vertrag. *FTD*, 24. November 2006. Download unter: <http://www.ftd.de/politik/international/134890.html>
- Putin, Wladimir (2001): Rede vor dem Deutschen Bundestag, 25. September 2001. Download unter: www.bundestag.de/geschichte/gastredner/putin/putin_wort.html
- Rahr, Alexander (2006a): Die neue OPEC. Wladimir Putin hat ein großes Ziel: Russland soll zur globalen Energie-Supermacht werden. *Internationale Politik* (Frankfurt a. M.), 62 (2), 15–23.
- Rahr, Alexander (2006b): Geopolitischer Infantilismus: Es ist nicht in Europas Interesse, dass ein brüskiertes Russland sich nach Asien orientiert. *Internationale Politik* (Frankfurt a. M.), 61 (7), 14–20.
- Weltbank (2004): Russian Economic Report. *Russia Country Department*, February 2004, 14. Download unter: http://ns.worldbank.org.ru/files/rer/RER_7_eng.pdf

Alle angegebenen Internet-Verweise entsprechen dem Stand vom 13. Dezember 2006.